

THUN SITZUNG DES STADTRATS

Die Infrastruktur im Hafen Lachen wird für 2,6 Millionen Franken erneuert: Der Stadtrat genehmigte gestern seinen Anteil an den Kosten einstimmig. In rund zwei Jahren sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Die Gebühren dürften steigen.

Eine Visitenkarte für Einheimische und Gäste, die das Ferienflair einer Marina verströmt: Das ist für den Thuner Gemeinderat der Hafen Lachen. Allerdings dient die Infrastruktur der Anlage, die sich im Besitz der Stadt befindet, nicht gerade als Vorzeigebispiel: In den letzten Jahren wurden lediglich Unterhaltsarbeiten ausgeführt. Deshalb bewilligte der Gemeinderat in eigener Kompetenz bereits 1,82 Millionen Franken für die Sanierung der Bootsplätze – und legte dem Parlament gestern einen 780 000-Franken-Kredit vor. Dabei handelt es sich um den sogenannten wertvermehrenden Anteil des Projekts: neue Schwimmstege mit Versorgungssäulen für Strom und Wasser, eine Fäkalienabsauganlage sowie ein Bootswaschplatz. Der Zugang erfolgt neu über einen parallel zum Strandbadweg verlaufenden Schwimmsteg und zwei Zugangsbrücken (wir berichteten).

«Sinnvoll» und «ohne Luxus»

«Der Handlungsbedarf ist unbestritten», sagte Reto Schertenleib (SVP) im Namen der zuständigen Sachkommission. Er sprach von einem zeitgemässen Projekt «ohne Luxus». Und: «Eine allfällige künftige Erweiterung des Hafens bleibt möglich.» Widerspruch erntete Schertenleib mit seiner Meinung im Stadtrat nicht. Franz Schori (SP) nannte das Projekt



Die Hafenanlage Lachen: Sie bietet heute Platz für 315 Boote – nach der Sanierung werden es noch 305 Plätze sein.

Foto: Patric Spahni

«eine sinnvolle Modernisierung und qualitative Erneuerung». Für Alois Studerus (Fraktion der Mitte) ist die Anbindung der Infrastruktur ans Strandbad – etwa die Mitbenützung der sanitären Anlagen – «eine gute Sache». Simon Werren (BDP) wies darauf hin, dass Strom und Wasser längst nicht von allen Bootseigentümern benutzt würden. «Vielleicht kann das bei der Anzahl der Versorgungssäulen berücksichtigt werden.» Philipp Deriaz

(SVP/FDP) betonte, dass über die Jahre stets ein beträchtlicher Teil der Gebühreneinnahmen in die Stadtkasse geflossen sei und nicht für Investitionen in den Hafen eingesetzt wurden. Dass jetzt investiert werde, sei gut. Deriaz wünschte sich, dass «Nutzer und Praktiker» noch stärker in die Planung einbezogen würden. Roman Gugger (Grüne) stellte derweil «nüchtern» fest, dass die Investitionen nicht unbedingt der breiten Öffentlichkeit zugute-

kämen – «deshalb sehe ich den Handlungsdruck ein bisschen weniger». Opposition kam aber auch von den Grünen nicht: Der Stadtrat nahm den 780 000-Franken-Kredit einstimmig an.

Eröffnung im April 2020?

Nach dem Ja des Stadtrats soll nun rasch das Baubewilligungsverfahren folgen. Der Baubeginn ist im Herbst 2019 vorgesehen, die Inbetriebnahme des sanierten Hafens mit dann noch 305

statt wie heute 315 Bootsanzlegelplätzen im April 2020. Bis dann soll auch die neue Gebührenverordnung in Kraft sein, die derzeit ausgearbeitet wird. Heute werden für Plätze im Lachenkanal jährliche Gebühren von 330 bis 1430 Franken erhoben – je nach Art und Grösse des Bootes. «Eine Gebührenerhöhung für neue und verbesserte Wasserplätze im Lachenkanal ist angezeigt», schrieb der Gemeinderat in den Stadtratsunterlagen. *Michael Gurtner*

Klares Ja zur Rechnung – trotz «dickem Haar in der Suppe»

Es war wie vor einem Jahr: Die Rechnung der Stadt Thun wurde im Stadtrat von allen gelobt – und trotzdem gab es Widerstand der Grünen. Dieser blieb erneut chancenlos.

Vermeintlich war alles klar: **Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)** sagte: «Wir stehen finanziell solid da.» Widerspruch erntete er mit dieser Aussage zum Rechnungsabschluss 2017 der Stadt Thun gestern im Stadtrat nicht. Zum wiederholten Mal resultierte eine schwarze Null – dies bei einem Gesamtaufwand und -ertrag von je 356,6 Millionen Franken (wir berichteten). Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Stadt einen Gewinn von 11,2 Millionen hätte ausweisen können. Dieser Betrag wurde in die beiden Spezialfinanzierungen für den Werterhalt der Liegenschaften im Finanzvermögen und den baulichen Unterhalt eingelegt. Entscheidend mitgeholfen hat der Gesamtsteuerertrag, der um rund 7 Millionen über dem Budget lag.

Lob und Mahnungen

Diese Fakten sorgten für zahlreiche wohlwollende Kommentare.

IN ZAHLEN**Finanzen der Stadt Thun**

	Rechnung 2017 in Mio. Fr.	Budget 2017 in Mio. Fr.	Rechnung 2016 in Mio. Fr.
Umsatz	356,6	324,0	322,9
Steuerertrag	124,7	117,8	115,7
Ergebnis	0	0	0
Personalkosten	65,6	63,9	64,1
Bilanzüberschuss per 31.12.	11,3	11,3	11,3
Nettoinvestitionen	12,1	16,8	7,9
Selbstfinanzierung	1,9	-4,1	4,8

Quelle: Stadt Thun

«Dieses Geld wäre für anderes gedacht als für die Pensionskasse.»

Thomas Hiltbold (Grüne)

«sackstark». Als Problem sieht er den tiefen Selbstfinanzierungsgrad: «Finanzpolitische Zurückhaltung ist in den nächsten Jahren angebracht.»

Die Grünen gegen den Rest

Alles klar also? Eben nicht. Auch Thomas Hiltbold (Grüne) betonte, das Rechnungsergebnis lasse sich sehen. Er habe jedoch «ein dickes Haar in der Suppe» entdeckt: nämlich die 12,2 Millionen Franken an fehlendem Rentnerdeckungsbeitrag aufgrund des revidierten Pensionskassenreglements, die der Gemeinderat aus der Spezialfinanzierung Investitionen entnehmen wollte. «Dieses Geld wäre für anderes gedacht als für die Pensionskasse», monierte Hiltbold. Die Entnahme aus besagter Spezialfinanzierung sei gemäss Reglement nur im Notfall möglich. Bereits vor einem Jahr hatte Hiltbold bei der Diskussion um die Rechnung 2016 eine solche Entnahme kritisiert. Bereits damals war er gescheitert. Dieses Szenario wiederholte sich: Für die anderen Parteien war der Antrag des Gemeinderats rechtens. Stapi Lanz sprach von einem Ausnahmefall – «darum halten wir das für zulässig». Der Stadtrat genehmigte die Rechnung 2017 schliesslich mit 33 zu 4 Stimmen.

In Sachen Finanzen hätte der Stadtrat auch über künftige Ausgaben diskutieren sollen: Die SP-Fraktion forderte in einem Postulat, dass die Sanierung der Schulhäuser mit Priorität angegangen werde (vgl. gestrige Ausgabe). Aus Zeitgründen wurde dieser Vorstoss jedoch verschoben. *mik*

Bürgerliche stärken SP-Gemeinderat den Rücken

Sollen Mitarbeiter der privaten Sicherheitsdienste in der Innenstadt Leute, die sich nicht an die Regeln halten, nach dem Namen fragen dürfen? Ja, findet eine Mehrheit im Stadtrat.

Im Leistungsvertrag der Stadt Thun mit den privaten Sicherheitsdiensten soll die Aufgabe «Erfassung der Personalien» gestrichen werden: Das war das Ziel eines Postulats von Alice Kropf, Franz Schori (beide SP) und weiteren Mitunterzeichnenden. Die Aufgabe solle stattdessen Angestellten des Polizeiinspektors übertragen werden (wir berichteten). Zum Postulat nahm auf Anfrage von Kropf auch die Sektion Bern-Gemeinden des Verbands Schweizerischer Polizeibeamter Stellung – unterzeichnet ist das Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt, von Präsidentin Aliko Panayides und Vize Peter von Arx. Deren Fazit: Der Gemeinderat gebe den Sicherheitsdiensten den Auftrag, im öffentlichen Raum Personen anzuhalten und nach ihren Personalien zu fragen, «was klar nicht zulässig ist». Der Passus «Aufforderung zu freiwilliger Angabe» genüge nicht, da der Eindruck erweckt werde, es handle sich beim Sicherheitsdienstmitarbeiter um eine Amtsperson – was eben gerade nicht der Fall ist.

Diskussion um Freiwilligkeit der Namensangabe

Der zuständige SP-Gemeinderat Peter Siegenthaler sprach sich in deutlichen Worten gegen das Postulat seiner Parteikollegen aus. Er betonte, dass die Situation im Thuner Nachtleben viel besser sei

als vor rund zehn Jahren. «Eines der Erfolgsrezepte ist, dass man die Leute, die man erwischt, aus der Anonymität rausholt. Das geht nur, wenn man sie nach dem Namen fragt.» Die Angesprochenen hätten das Recht, die Namensnennung gegenüber den Mitarbeitern des privaten Sicherheitsdienstes zu verweigern. Diese Freiwilligkeit funktioniert für Alice Kropf nicht: «Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob ich in zivil nach dem Namen frage oder ob es ein Uniformierter tut.» Der Gemeinderat ignoriere die Fachmeinung des Polizeiverbands.

Warnung vor Gerichtsfall hier, «Schildbürgerstreich» dort

Unterstützung erhielt die SP nur von den Grünen: «Wir müssen die Leistungsvereinbarung anpassen», sagte Roman Gugger. Sonst laufe die Stadt Gefahr, dass es zu einem Gerichtsfall wegen Anstiftung zur Amtsanmassung komme. Für Andreas Zwahlen (SVP/FDP-Fraktion) hat sich hingegen die Vorgehensweise der Ordnungsdienste in der Innenstadt bewährt. Das Fragen nach dem Namen sei ein Jedermannsrecht, sagte Claude Schlapbach (BDP) – «wenn wir das dem Ordnungsdienst nicht mehr gestatten, ist das ein Schildbürgerstreich». Und Susanne Gygax (Fraktion der Mitte) fügte an: «Die Kompetenzen werden dem Sicherheitsdienst klar aufgezeigt – sie führen es auch so aus.»

Mit 24 Stimmen der Bürgerlichen und der Mitte gegen 12 Stimmen der Linken stärkte der Stadtrat dem SP-Gemeinderat Siegenthaler den Rücken und lehnte das Postulat ab. *mik*

Krebsler übernimmt Keller

WIRTSCHAFT Die Thuner Krebsler AG übernimmt die Büro Keller AG mit ihrem Standort in Niederwangen.

Die Berner Traditionsunternehmung Büro Keller AG, welche 1912 gegründet wurde, ist von der Lista Office Group und dem Minderheitsaktionär Arthur Schneider an die Thuner Krebsler AG verkauft worden. Das teilten die Firmen gestern mit. Die Lista Office Group aus Degersheim realisiert und konzipiert gemäss eigenen Angaben schweizweit mit zehn eigenen Vertriebsstandorten und autorisierten Fachhändlern sowie drei Produktionsstandorten moderne Bürowelten. «Sie bleibt als wichtige Partnerin weiterhin mit Büro Keller und Krebsler verbunden», heisst es in der gemeinsamen Medienmitteilung. Die Krebsler AG ist eine über 160-jährige Thuner Familienunternehmung mit den Geschäftsbereichen Büroeinrichtungen, Bürobedarf, Druckdienstleistungen und Bücher.

Das Zusammengehen der Büro Keller AG mit der Krebsler AG bedeute «eine Stärkung und Erweiterung des Geschäftsbereiches Büroeinrichtung und -planung». Die Büro Keller AG beschäftigt aktuell zwölf Fachspezialistinnen und -spezialisten. Dies im Bereich Beratung und Verkauf, Planung und Raumgestaltung sowie Montage und Umzüge. In Niederwangen gibt eine über 600 m² grosse Ausstellungs-Einblick in die Welt der Büros von heute und morgen. Zudem bietet eine Lagerfläche von über 1000 m² Raum für die Logistik. *pd*

Immer weniger Arbeitslose

OBERLAND Auch im Mai ist die Arbeitslosenquote im Berner Oberland weiter rückläufig. Der Kanton Bern folgt diesem Trend.

Im Kanton Bern gingen im vergangenen Monat die Arbeitslosenzahlen weiterhin zurück. Gemäss der gestrigen Medienmitteilung der Volkswirtschaftsdirektion sind verglichen mit dem Mai 2017 4824 Personen weniger arbeitslos. Dieser Rückgang sei auf saisonale Effekte und die gute Wirtschaftslage in allen Branchen zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote liegt im gesamten Kanton zwischen 0,9 Prozent und 2,3 Prozent.

In den vier Verwaltungskreisen des Berner Oberlands waren insgesamt 1313 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen, was einer Abnahme von 278 entspricht. Die niedrigste Quote im Kanton Bern konnte der Verwaltungskreis **Interlaken-Oberhasli** verzeichnen, die von 1,2 Prozent im April auf 0,9 Prozent im Mai gesunken ist. So waren in diesem Kreis neu 237 Personen arbeitslos, das heisst 96 Personen weniger als im Vormonat.

Nachfolgend die Arbeitslosenzahlen im Mai in den anderen Oberländer Verwaltungskreisen:

• **Thun:** 716 Personen (-126), 1,2 Prozent (-0,2 Prozent).

• **Obersimmental-Saanen:** 121 Personen (-25), 1,3 Prozent (-0,2 Prozent).

• **Frutigen-Niedersimmental:** 237 Personen (-96), 1,1 Prozent (-0,2 Prozent). *pd/iek*